

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/17

Bonn, den 24. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Die EWG - von Osteuropa gesehen</u> Möglichkeiten eines zukünftigen Brückenschlages	44
2	<u>Gesundheitsicherung an den Arbeitsplätzen:</u> Sozialdemokraten fordern ein Betriebsarztgesetz Von Dr. med. Horst Schmidt, MdB	41
2 a	<u>LOTTE LENKE</u> Zu ihrem 65-ten Geburtstag am 28. Januar 1968	28
3	<u>Rückschlag für Jens Otto Krag</u> Zum Ergebnis der dänischen Parlamentswahlen	41
4	<u>Bonn - Belgrad</u> Die deutsch-jugoslawischen Verhandlungen in der Sicht der jugoslawischen Presse Von unserem diplomatischen K5-Mitarbeiter	42
5 - 6	<u>ANDREAS PAPANIKOLAU</u> Stärkung des Widerstandes der Auslandsgriechen Von Dr. B. Mathiopoulos	65

Die EWG - von Osteuropa gesehen

Möglichkeiten eines zukünftigen Brückenschlages

G.M. - Meldungen über die Politik der "Großen" lassen uns gelegentlich vergessen, daß auch die "Kleinen" das Gesicht eines Kontinents verändern können.

So hat z.B. dieser Tage der rumänische Ministerpräsident M a u r e r in Rom etwas gesagt, was uns aufforchen lassen sollte. Maurer meinte, die sozialistischen Länder hatten lange Zeit die EWG negativ beurteilt. Das habe sich jedoch bald als Theorie erwiesen. Die EWG sei eine Realität, die man aus der Nähe studieren müsse. Wenn dies vorläufig jeder sozialistische Staat für sich selbst tue, dann müsse man doch anerkennen, wie wichtig die EWG im Hinblick auf die weitere Entwicklung Europas sei. - Soweit der rumänische Ministerpräsident.

- * Mitte Dezember 1967 fand in Prag eine mehrtägige Konferenz von
- * Wirtschaftsexperten aus den COMECON-Ländern statt. Zu dieser Kon-
- * ferenz waren zum erstenmal auch Beobachter von der EWG-Kommission
- * in Brüssel eingeladen. In den Prager Diskussionen wurde von den
- * COMECON-Vertretern ungefähr das gleiche gesagt wie vom rumänischen
- * Ministerpräsidenten jetzt in Rom.

- * Natürlich sei die EWG "ein kapitalistisches Monopol-Monstrum"; sie
- * habe aber den im Gemeinsamen Markt zusammengeschlossenen Völkern
- * große Vorteile gebracht und sei jetzt eine Realität, die man nicht
- * ignorieren dürfe. Nach gründlicher Vorbereitung stehe eigentlich
- * einer Zusammenarbeit zwischen EWG und COMECON nichts im Wege...

Während man sich in Brüssel mit Recht Gedanken darüber macht, wie die französische Regierung dazu gebracht werden könnte, das Aufnahmege- such Englands und weiterer Staaten in die EWG anders zu behandeln als bisher und in diesem Zusammenhang von der gewünschten und notwendigen Erweiterung der EWG spricht, sehen der rumänische Ministerpräsident und namhafte Experten der COMECON-Länder schon ganz andere Perspekti- ven. Sie sind im Begriff, ideologische Vorbehalte gegenüber der EWG ab- zubauen und rein pragmatisch die Nützlichkeit einer ökonomischen Zusam- menarbeit zwischen Ost- und Westeuropa in Erwägung zu ziehen.

Es ist auch kein Geheimnis, daß man sich in mehreren ost- und süd- osteuropäischen Staaten mit immer größerer Aufmerksamkeit den Fragen der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems und - damit im Zu- sammenhang - der Vorbereitung einer europäischen Friedensordnung widmet. Der rumänische Ministerpräsident Maurer hat auch zu dieser Frage in Rom einiges gesagt, was uns gerade in der Bundesrepublik aufmerksam machen sollte. Er meinte mit Zustimmung seiner italienischen Gastgeber, daß durch eine immer engere bilaterale Zusammenarbeit der europäischen Staaten die Voraussetzungen für eine multilaterale Einigung auf gesamt- europäischer Basis geschaffen werden könnten.

Das sind angesichts der bedrohlichen Ereignisse im Fernen Osten und der allgemeinen Unsicherheit, die zur Zeit über der Welt lastet, erfreulich klingende Töne; jedenfalls für uns Europäer.

Gesundheitssicherung an den Arbeitsplätzen!

Sozialdemokraten fordern ein Betriebsärztegesetz

Von Dr. med. Horst Schmidt, MdB

Seit Jahren stößt die Forderung der Sozialdemokraten und Gewerkschaften, die gesundheitliche Betreuung der Arbeitnehmer in den Betrieben auf gesetzlicher Basis sicherzustellen, bei der Bundesregierung und den anderen Parteien auf taube Ohren, obwohl die Bundesregierung auf diesem Sektor ein "unterentwickeltes" Land ist. Nicht nur die Lage, nicht nur die Fachleute bei uns stellen dies fest, auch das EWG-Parlament bestätigte schon 1966 in einem einstimmig verabschiedeten Bericht diese Tatsache.

Der Versuch des Bundesarbeitsministeriums, durch Richtlinien auf freiwilliger Basis eine bessere betriebsärztliche Versorgung der Arbeitnehmer zu erreichen, kann heute - fast 20 Monate nach dem Erlaß - als gescheitert angesehen werden, denn wir haben heute 1282 haupt- und nebenberuflich tätige Betriebsärzte, das sind 38 (!) weniger als vor Erlaß der Richtlinien. Aus dieser betrüblichen Tatsache gilt es Folgerungen zu ziehen.

Deshalb haben wir Sozialdemokraten jetzt im Bundestag beantragt, daß die Bundesregierung umgehend ein Betriebsärztegesetz vorlegt. In diesem Gesetz soll nicht nur der Aufgabenbereich und die Rechtsstellung der Betriebsärzte geregelt werden. Hier geht es in erster Linie um die Sicherstellung der ärztlichen Schweigepflicht, um die Unabhängigkeit der Betriebsärzte vom Arbeitgeber und die Mitbestimmung der Betriebsärzte bei Einstellung und Entlassung.

Genau so wesentlich ist die Verpflichtung der Betriebe, ärztliche Dienste einzurichten. Betriebe mit über 2500 Beschäftigten oder mit besonderer Gesundheitsgefährdung sollen sofort einen hauptberuflich tätigen Betriebsarzt einstellen müssen. Für Betriebe zwischen 2500 und 500 Beschäftigten sollen stufenweise Regelungen gefunden werden, um auch dort betriebsärztliche Dienste im Laufe der nächsten Jahre zu ermöglichen. Schließlich muß der Zusammenschluß kleinerer Betriebe zu betriebsärztlichen Arbeitsgemeinschaften, sei es auf ortsnaher oder branchengleicher Ebene, möglich gemacht werden, um auch diesen Arbeitsbereich einzuschließen.

Wenn wir als hochindustrialisiertes Land nicht noch weiter die gesundheitliche Betreuung der Arbeitnehmer in den Betrieben vernachlässigt sehen wollen, wenn wir auf diesem Sektor nicht noch mehr hinter anderen Ländern zurückbleiben wollen, dann ist es in der Tat höchste Zeit, eine Verbesserung dieser Situation anzustreben, insbesondere nachdem auf freiwilliger Grundlage kein Erfolg erzielt wurde. Deshalb hat die SPD-Fraktion im Bundestag ihren Antrag eingebracht, im Rahmen einer gesetzlichen Regelung mehr für die Gesundheit der Arbeitnehmer in den Betrieben zu erreichen.

+ + +

LOTTE LEMKE

Zu ihrem 65-ten Geburtstag am 28. Januar 1968

sp - Als man ihr zum 60 Geburtstag das Große Bundesverdienstkreuz verlieh, fragte Lotte Lemke etwas erstaunt, "Warum eigentlich?"

- Diese Frage entspricht genau dem Wesen Lotte Lemkes, die am 28. Januar 1968 ihren 65-ten Geburtstag feiern kann

Seit 1905 ist Lotte Lemke Erste Vorsitzende der ARBEITERWOHLFAHRT. Als die Reichstagsabgeordnete Marie Juchacz kurz nach dem Ersten Weltkrieg die ARBEITERWOHLFAHRT gründete, berief sie bald darauf Lotte Lemke zu sich. Aus der gemeinsamen Arbeit wurde eine feste Freundschaft, und 1929 wählte die ARBEITERWOHLFAHRT Lotte Lemke zu ihrer Geschäftsführerin. Seit jener Zeit hat die heute 65-jährige großartige Leistungen vollbringen können. Als 1933 die Nationalsozialisten an die Macht kamen, stellte Lotte Lemke die ARBEITERWOHLFAHRT zunächst in den Dienst jener Menschen, die als Verfolgte und Verfehrte der Hilfe bedürftig waren. Wegen illegaler Tätigkeit wurde sie festgenommen und blieb längere Zeit in Haft. Nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis war sie weiter als Fürsorgerin tätig und konnte auch jetzt noch zahlreiche Verbindungen unter den Gesinnungsfreunden aufrechterhalten.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde Lotte Lemke wieder Geschäftsführerin der ARBEITERWOHLFAHRT in Berlin. Gemeinsam mit der aus dem Exil in den USA zurückgekehrten Marie Juchacz, die ihre großen Erfahrungen und internationalen Beziehungen in den Dienst der ARBEITERWOHLFAHRT gestellt hatte, schuf Lotte Lemke eine moderne Organisation, die heute in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland höchstes Ansehen genießt.

Lotte Lemkes Lebensweg ist gekennzeichnet von den Höhen und Tiefen unserer Zeit. Mit nie versagender Kraft hat diese Frau einer Idee gedient und ist durch ihr Leben zum Vorbild unzähliger Menschen geworden, die wie sie selbst, das Dienen am Ganzen als die Erfüllung ihres Daseins betrachten.

Rückschlag für Jens Otto Krag

Zum Ergebnis der dänischen Parlamentswahlen

sp - Ungewisheit über die Zusammensetzung der künftigen Regierung beherrscht nun die dänische Politik. Das Ergebnis der am Dienstag durchgeführten Wahlen zum dänischen Parlament kam nicht wie ein Schlag aus heiterem Himmel; die Regierung Krag mußte nach ihrem Sturz mit einem Rückschlag rechnen. Die Sozialdemokraten nehmen zwar mit 63 von 175 Mandaten immer noch eine herausragende Stellung im dänischen Parteiengefüge ein, aber sie haben es nun mit einer "bürgerlichen", aus vier Parteien bestehenden Mehrheit zu tun, die in der Lage wäre, aus ihrer Mitte die künftige Regierung zu stellen.

Die Minderheitsregierung Krag scheiterte an dem Versuch, die Staatsfinanzen zu sanieren. Sechs von zwanzig volkssozialistischen Abgeordneten, auf deren Unterstützung Krag angewiesen war, stimmten gegen unvermeidlich gewordene Maßnahmen und führten so den Sturz Krags herbei. Das dänische Volk wird für die Haltung dieser volkssozialistischen Abgeordneten schwer bezahlen müssen, sollte es Krag nicht gelingen, eine von Sozialdemokraten geführte Regierung in Koalition mit den Linkliberalen zu bilden. Es geht darum, wer die neuen Belastungen, die auf Dänemark zukommen, tragen soll. Eine wieder von Krag geführte Regierung würde die Opfer gerechter verteilen, eine Regierung jedoch ohne Teilnahme von Sozialdemokraten würde die arbeitenden Schichten stärker zur Kasse bitten und damit soziale Spannungen auslösen.

Die wirtschaftliche Lage Dänemarks ist nicht gut. Sie ist umschattet von schweren Wolken. Die Kluft zwischen EWG und EFTA, der Dänemark angehört, wirkte sich in einem empfindlichen Rückgang des dänischen Exports in die EWG-Länder aus. Die Versuche, durch die Abwertung der Dänekrone Exporteinküßen zu verhüten, wurden durch die von Volkssozialisten ausgelöste Regierungskrise und die Unterbrechung der Sanierung der Staatsfinanzen gestört, aber noch schwerer wirkte sich der Schlag aus, den Dänemarks Wirtschaft durch das Sparprogramm der USA erlitt und noch mehr erleiden wird.

Die Rolle der dänischen Volkssozialisten dürfte ausgespielt sein. Sie verloren fast die Hälfte ihrer Mandate und sind nur noch mit elf Sitzen (zwanzig im letzten Parlament) vertreten. Es hat sich auch in Dänemark die alte Erfahrung bestätigt, daß politische Gruppierungen links von der Sozialdemokratie die Parteien rechts von den Sozialdemokraten im Endeffekt stärken und ihnen enttäuschte Wählermassen zuführen. Die Volksfrontlinke erweist sich als ein Hemmnis für die Sicherung und Weiterentwicklung der sozialen Demokratie. Sie schädigt die Interessen der arbeitenden Schichten.

Bonn - Belgrad

Von unserem diplomatischen KI-Mitarbeiter

Die jugoslawische Presse gibt zu Beginn der deutsch-jugoslawischen Verhandlungen über die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen der Meinung Ausdruck, daß ein erfolgreicher Abschluß der Gespräche einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Lage in Europa darstellen würde und sieht in den Bonner Bemühungen ein Zeichen der Bereitschaft, auch andere Probleme, die das Verhältnis zwischen beiden Ländern belasten, zu regeln. Indirekt klingt in der jugoslawischen Presse die Möglichkeit an, daß Jugoslawien der Bundesrepublik nützliche Hilfestellung bei ihrem Versuch gewähren wird, wenn sie auch zu anderen Ländern Ost- und Südosteuropas ihre Beziehungen normalisieren will. Man betrachtet es als eigentlich, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren Handel mit 14 sozialistischen Ländern innerhalb relativ kurzer Zeit so schnell ausgebaut hat, obwohl sie nur zu zwei Ländern, nämlich der Sowjetunion und Rumänien, diplomatische Beziehungen unterhält. Es wird daran erinnert, daß der Handel der Bundesrepublik Deutschland mit den sozialistischen Ländern allein in neun Monaten des Jahres 1967 gegenüber der gleichen Zeit von 1966 um 700 Millionen DM zugenommen habe.

An diesem Punkt fragt man sich, wie es kommt, daß die Hallstein-Doktrin keinen Störungsfaktor ersten Ranges darstellt. Niemand in Budapest, Prag und auch in Warschau interessiert die Wirkung der Hallstein-Doktrin, nachdem die Regierung Kiesinger/Brandt sich für die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu den Regierungen sozialistischer Länder ohne Bedingungen ausgesprochen habe.

Weiter erinnert die jugoslawische Presse daran, daß die CSSR mit Bonn Handelsmissionen ausgetauscht und keineswegs darauf bestanden habe, daß die Bundesrepublik auf das Münchener Abkommen von 1958 offen verzichte, während Bonn nicht darauf bestanden habe, daß die CSSR eine Berlin-Klausel unterschrieb. Polen und Ungarn würden ebenfalls Handelsmissionen in der Bundesrepublik unterhalten und seien im Begriff, sie weiter auszubauen. - Wenngleich Handelsmissionen nicht institutionell mit Botschaften gleichzusetzen seien, so könne man nicht übersehen, daß sie mehr als ein Konsulat darstellen würden.

Die Ostblockstaaten hätten ein natürliches Interesse an der Ausweitung ihres Handels mit der Bundesrepublik, die ihrerseits schon heute die mit ihr befreundeten Nachbarn wie England, Frankreich und Italien in Ostgeschäft beträchtlich überrundet habe. Schließlich wird der jugoslawische Leser darauf aufmerksam gemacht, daß Rumänien seine Ausfuhr nach der Bundesrepublik innerhalb von 10 Monaten um 200 Millionen Dollar erhöhen konnte.

Der jugoslawischen Öffentlichkeit wird deutlich gemacht, daß sich die Verhandlungen in Paris auf die rein technische Seite der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen beschränke, mit dem Ziel, nach Abschluß des Vertrages sofort Botschafter auszutauschen. An die ungelösten Probleme zwischen beiden Ländern würde man danach herangehen können.

+ + +

ANDREAS PAPANDREOU

Stärkung des Widerstandes der Auslandsgriechen

Von Dr. B. Mathiopoulos

Andreas Papandreou, der Sohn des früheren Regierungschefs Georg Papandreou und ehemaliger Ministerpräsident für wirtschaftliche Koordination, hat in Paris erklärt, daß er von der Partei der Zentrumsunion beauftragt sei, diese im Ausland zu vertreten. Damit befinden sich zur Zeit außerhalb Griechenlands - wenn auch aus verschiedenen Gründen - das griechische Staatsoberhaupt, das sich in Rom befindet, ein ehemaliger Ministerpräsident, der konservative Karamanlis, und ein prominenter Politiker der Mitte, Andreas Papandreou; die beiden letzten in Paris. Damit taucht die Frage nach der Bildung einer Exilregierung auf. Aber eine Lösung dieses Problems scheint im Augenblick noch nicht aktuell zu sein, und die Beantwortung der Frage wird vom Verlauf der weiteren Gespräche der politischen Persönlichkeiten abhängen.

Andreas Papandreou kehrte 1960 nach Griechenland zurück, nachdem er 20 Jahre lang in den USA als Ordinarius für Volkswirtschaft an der Universität von Berkley wissenschaftlich tätig war. Er widmete sich zunächst den Problemen der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands und gründete das Institut für wirtschaftliche Forschung. Bei den letzten griechischen Wahlen im Februar 1964 kandidierte er zum ersten Mal und wurde Minister im Kabinett seines Vaters.

Nach dem Rücktritt der Regierung der Zentrumsunion am 15. Juli 1965 erreichte Andreas Papandreou eine noch größere Wirkung im öffentlichen Leben als zuvor. Er entwickelte ein Programm für die Modernisierung Griechenlands und verkündete die Voraussetzungen für eine Verwaltungsreform, die Demokratisierung der Streitkräfte und die Anpassung der griechischen Verhältnisse an die Grundsätze sozialer Rechtsstaatlichkeit nach dem Vorbild der EWG-Länder. Er forderte die Durchführung und Vervollständigung der Erziehungsreform, die die Regierung Georg Papandreou verabschiedet hatte. Diese Pläne brachten ihm große Sympathien bei den Studenten ein, und in breiten Schichten der griechischen Bevölkerung fanden seine Reden Anklang und positives Echo.

Andererseits wurde sein Programm von der herrschenden Schicht, der Armee und dem Hof heftig kritisiert. Diese Kreise sahen in Papandreou

den Reformer, der das Establishment mit seinen Interessen und Privilegien gefährdete. Die Rechtspresse entfaltete eine Verleumdungskampagne, in der Andreas Papandreu bezichtigt wurde, er habe nach den Wahlen, die am 28. Mai 1967 stattfinden sollten, mit den Kommunisten paktieren wollen. Der Gipfel der Hetze gegen ihn war die sogenannte Aspida-Affäre, eine angebliche Verschwörung einer Gruppe von Offizieren mit dem Ziel, eine Umbesetzung in den Spitzenpositionen der Streitkräfte zu erreichen. Diese angebliche Verschwörung erschütterte die griechische Öffentlichkeit zwei Jahre lang. Ein Prozeß, der vor dem Putsch vier Monate lang in Athen gegen hohe Offiziere stattfand, führte zu keinem Ergebnis; zwar wurden 18 Offiziere verurteilt, aber weder wurde eine Mitverantwortung von Andreas Papandreu festgestellt, noch die Tatsache einer Verschwörung nachgewiesen.

Erst nach dem Staatsstreich vom 21. April wurde Andreas Papandreu wegen dieser Angelegenheit verhaftet. Ein Prozeß aber fand niemals statt und Weihnachten wurde eine Amnestie für die Aspida-Leute proklamiert. Die Öffentlichkeit erfuhr allerdings nie, ob überhaupt jemals eine solche Verschwörung bestanden hatte. Viel Lärm um nichts also!

Als Ironie des Schicksals erscheint die Tatsache, daß die Militärjunta, die selbst einen Staatsstreich durchführte, sich nun annahm, über angebliche Verschwörer zu urteilen. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit hat es die Junta Andreas Papandreu nun nach 3-monatiger Haft erlaubt, ins Ausland zu gehen.

Die Zentrumsunion in Westeuropa findet damit ihren Repräsentanten und die Widerstandsbewegung im Ausland einen prominenten Vertreter der demokratischen Kräfte Griechenlands. Tragisch ist nur, daß Persönlichkeiten, die im Ausland einen guten Ruf genießen und in ihrem Land viel geleistet haben, durch die heutigen politischen Verhältnisse gezwungen sind, ihr Wirken und ihre Erfahrung nicht dort einsetzen zu können, wo es dringend notwendig wäre - in der Heimat. Gerade dies aber ist erklärtes Ziel der Militärregierung: sie kann es sich nicht leisten, in Griechenland einen anderen Geist zu dulden als ihren eigenen - bornierten.